12. Dezember 2025, 10:30 Uhr

DEVAP-Vorsitzender: Nur ausfinanzierte Pflege ist zukunftssicher

Es liegt in der Natur der Sache, dass in der Verbandsarbeit in der Pflege viel Arbeit wartet. Das weiß auch der neue DEVAP-Chef Thomas Neeb. Im Interview mit epd sozial erläutert er, wie die professionelle Pflege gesichert werden kann, welche Rolle der Verband dabei spielt und wie er in der Bundespolitik durchringen will.

Berlin (epd). Sicherung der Langezitpflege, Sockel-Spitze-Tausch für Heime, Refinanzierung der ökologischen Transformation: Es gibt viele Reformbaustellen, auf denen sich Thomas Neeb tummeln muss. Docj ihm ist nicht bange. Der erfahrene Manger sagt: "Die Sicherung der professionellen Langzeitpflege in Deutschland treibt mich an."

epd sozial:
Herr Neeb, sie tragen seit Jahren Verantwortung für rund 7.500 Beschäftigte der Johanniter Seniorenhäuser GmbH. Jetzt sind sie noch Chef des DEVAP. Was treibt Sie an?

Thomas Neeb:
Die Sicherung der professionellen Langzeitpflege in Deutschland treibt mich an. Damit die Pflegebedürftigen die Eigenanteile künftig sicher leisten können, sind viele Schritte nötig. Neben einer Strukturreform ist eine grundlegende Finanzreform zwingende Voraussetzung. Zudem ist die Refinanzierung vollstationärer Leistungen sicherzustellen, etwa durch Vorschusszahlungen auf ausstehende Sozialhilfebescheide. Und die Kosten im Rahmen der ökologischen Nachhaltigkeit, insbesondere der Gebäudesubstanz, müssen übernommen werden. All das sind Dinge, an an denen ich als neuer Vorsitzender des Verbandes mitwirken will.

epd:
Aus der vollstationären Pflege kommen immer wieder Klagen über eine zögerliche Refinanzierung vor allem durch die Sozialämter, die auch schon zu Insolvenzen geführt hat. Von diakonischen Trägern sind Pleiten nicht bekannt. Wie ist hier die wirtschaftliche Lage der Heime und Dienste?

Neeb:

Ich teile Ihre Einschätzung nicht, dass bei den Insolvenzen der vergangenen Jahre keine diakonischen Träger betroffen gewesen wären. Die akute Lage sieht wie folgt aus. Eine gemeinsame DEVAP-VKAD-Umfrage im Mai 2025 hat gezeigt, dass mittlerweile 43 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen Sozialhilfe beantragen. 32 Prozent sind dabei von langen Wartezeiten betroffen. Davon wiederum warten knapp 94 Prozent der Betroffenen sechs Monate und länger auf einen positiven Bescheid. Selbst mehr als 12 Monate Wartezeit sind keine Seltenheit. Für diakonische Heime bedeutet das, dass sie über Monate hinweg für Unterkunft, Verpflegung und Pflege in Vorleistung gehen müssen, ohne zu wissen, wann das Geld fließt. 35 prozent der Einrichtungen haben inzwischen Außenstände von über 100.000 Euro. Fast jede dritte Einrichtung sieht ihre Liquidität ernsthaft gefährdet.

epd:Wie sähe Ihre Lösung aus?

Neeb:
Gut wäre eine Vorfinanzierung der Sozialhilfeleistungen mindestens in Höhe von 75 Prozent der Ausgaben sowie ein nachgelagertes Prüfverfahren, damit Pflegeeinrichtungen nicht länger in finanzielle Schieflagen geraten. Dafür setzen wir uns weiterhin auf der Bundesebene ein. Zudem sollten die Kommunen das Antragsverfahren dringend digitalisieren und entbürokratisieren.

zitat: Die Versorgungssicherheit ist dramatisch gefährdet und der Hauptgrund ist in der Tat der Personalmangel.

epd:
Oft wird darauf verwiesen, dass fehlendes Fachpersonal dazu führt, dass nicht alle Betten ausgelastet werden können, was die Einnahmen vor allem kleiner Träger empfindlich schmälern kann. Wie problematisch ist der Fachkräftemangel und was kann möglichst schnell dagegen getan werden?

Neeb:
Zunächst betone ich, dass kleinere Träger schneller in eine bestandsgefährdende Situation geraten, größere Träger haben die Probleme allerdings grundsätzlich gleichermaßen. Die DEVAP-Umfrage zur Versorgungssicherheit wurde im Herbst 2025 wiederholt. Ergebnis: Von 322 Teilnehmenden aus der ambulanten und stationären Langzeitpflege mussten 63 Prozent in den vergangenen sechs Monaten Leistungen aus personellen Gründen einschränken. Die Versorgungssicherheit ist weiterhin dramatisch gefährdet und der Hauptgrund ist in der Tat der Personalmangel.

epd:Und nun?

Neeb:
Die Träger sind gefordert, Veränderungsprozesse anzustoßen und den Personaleinsatz anhand der Kompetenzen neu zu strukturieren und einen effizienten Qualifikationsmix zu etablieren. Die Vereinheitlichung der Pflegefachassistenzausbildung und die Kompetenzerweiterung im Rahmen des Gesetzes zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege sind hierfür wichtige Schritte, die zügig umgesetzt werden müssen. Weiterhin muss die Integration von Pflegepersonal und Auszubildenden aus dem Ausland stärker unterstützt und vereinfacht werden; beispielsweise durch eine Kompetenzvermutung. Auch die informelle Pflege zu stärken, ist eine wesentliche Lösung für das Problem des Personalmangels in der professionellen Pflege - es gibt keine Alternative hierzu.

epd:
Die Kritik an der Generalistik nimmt auch seit Jahren nicht ab, vor allem die Altenpflege scheint hier Probleme zu haben, Nachwuchs zu gewinnen. Wie sehen Sie das?

Neeb:
Die generalistische Ausbildung ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Profession Pflege, weil sie ein breiteres Kompetenzprofil, mehr berufliche Mobilität und stärkere Einheit der Profession fördert. Aber wir merken auch, dass dieser Geist der Generalistik noch nicht bei allen für die Pflegeausbildung Verantwortlichen angekommen ist. Umlernen ist immer schwieriger als Neulernen. Es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung, um den Paradigmenwechsel von Seiten der schulisch Verantwortlichen und der Ausbildungspraxis gut zu begleiten. Der Anspruch auf zehn Prozent Praxisanleitung der Azubis ist beispielsweise ein Novum, dass zwingend eingefordert werden sollte.

epd:
Milliarden sollen in die Infrastruktur des Landes fließen, in die Modernisierung von Schienen, Brücken und Schulen. Für die energetische Sanierung von Heimen und Kliniken scheint da nichts abzufallen. Bleibt der Kampf gegen die CO2-Emmissionen hier also wegen Geldnot auf der Strecke?

Neeb:
Das steht zu befürchten, dabei ist das Klimaschutzpotenzial in Pflegeeinrichtungen hoch. Die durchschnittlichen CO2-Emissionen pro Pflegeplatz liegen bei etwa 7,4 Tonnen im Jahr - und das Einsparpotenzial beträgt rund 15 Prozent davon. Ob Gebäude, Fahrzeuge oder Lebensmittel: Einrichtungen und Dienste der Langzeitpflege bieten ein großes Potential, um den CO2-Ausstoß zu verringern. Umso wichtiger ist es, sie bei den notwendigen Maßnahmen zu unterstützen, indem die Gemeinwohlökonomie künftig bundesweit stärker im Fokus ist und der Klimaschutz in den Sozialgesetzbüchern verankert und refinanziert wird.

epd:
Sprechen wir über die Wünsche und Forderungen an die Politik. Reformen in der Pflege sind unausweichlich, doch alles braucht Zeit, viel Zeit. Wird es, wenn schon keinen Herbst der Reformen, wenigstens einen Frühling der Reformen geben? Und was stünde für Sie in der Pflege ganz oben auf der Agenda?

Neeb:
Eine professionelle, ausfinanzierte und zukunftsfähige Pflege in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Notwendig sind Sofortmaßnahmen, wie die Überführung der Behandlungspflege in der stationären Pflege ins SGB V, die Erstattung der Coronakosten, die soziale Absicherung der Pflegenden sowie die Herausnahme der Ausbildungskosten aus den Eigenanteilen. Langfristig ist eine umfassende Finanz- und Strukturreform der Pflegeversicherung erforderlich. Für Gespräche stehen wir gemeinsam mit vielen Mitstreitern mit umfassender Expertise gern bereit und haben in einem Brandbrief an den Bundeskanzler zu einem Pflegegipfel 2026 aufgerufen.

zitat: Mit wachsender Sorge beobachten wir, dass die Erosion des Solidarsystems die gesellschaftliche Akzeptanz und Legitimität der Pflegeversicherung gefährdet.

epd:
Das Darlehen von 1,7 Milliarden Euro für die Pflegekasse 2026 wird viel kritisiert. Lange wird auch dieses Geld nicht reichen, und irgendwann muss es zurückbezahlt werden. War wirklich keine bessere Lösung durchsetzbar?

Neeb:
Eine Darlehenslösung für die Sozialversicherungen, wie kürzlich beschlossen, verkennt die prekäre Lage, ist nicht nachhaltig und verschiebt die Finanzierungslast lediglich in die Zukunft. Bereits heute wissen wir, dass bei der Pflegeversicherung trotz Darlehen im Jahr 2026 eine Finanzierungslücke von mindestens zwei Milliarden Euro bleiben wird. Auch ist bereits heute bekannt, dass diese Darlehen nicht zurückgezahlt werden können. Mit wachsender Sorge beobachten wir, dass die Erosion des Solidarsystems die gesellschaftliche Akzeptanz und Legitimität der Pflegeversicherung gefährdet. Das Versprechen, im Alter vor Armut und sozialer Not geschützt zu sein, droht zur Worthülse zu werden. Es muss eine umfassende Pflegereform auf den Weg gebracht werden, die alle direkt und indirekt Betroffenen einbezieht. Der DEVAP hat Vorschläge hierfür in seinem Strategiepapier "Trotzdem Pflege: Für jeden, zu jeder Zeit" veröffentlicht.

epd:Was wäre Ihr Ansatz im Kampf gegen fehlende Einnahmen in der Pflegeversicherung?

Neeb:
Schon heute zeigt sich, dass die bisherige Finanzierungsstruktur aus Eigenanteilen, Pflegeversicherungsbeiträgen und Steuerzuschüssen ihre Grenzen erreicht. Die zentrale Herausforderung besteht in der intergenerativen Asymmetrie: Jüngere Generationen tragen bereits jetzt steigende Kosten, während ihre Aussichten auf eine vergleichbare Absicherung im eigenen Pflegefall schwinden. Diese strukturelle Schieflage gefährdet den gesellschaftlichen Konsens, auf dem die Pflegeversicherung basiert. Der Ansatz eines befristeten Solidaritätsbeitrags der Babyboomer geht bewusst über technische Systemkorrekturen hinaus und würde einen neuen Generationenvertrag für die Pflege schaffen, der finanzielle Stabilität mit gesellschaftlichen Solidaritäten verbindet.

zitat: Der Sockel-Spitze-Tausch bietet nach wie vor die beste Chance für eine generationengerechte Ausgestaltung der finanziellen Eigenbeteiligung in der Pflege.

epd:
Seit Jahren liegen Konzepte auf dem Tisch, wie die Eigenbeteiligung in den Pflegeheimen begrenzt werden kann. Stattdessen schielt die Politik wie das Kaninchen auf die Schlange auf die Vorschläge einer weiteren Expertenkommission. Was steht da zu erwarten?

Neeb:
Aus unserer Sicht bietet der Sockel-Spitze-Tausch nach wie vor die beste Chance für eine generationengerechte Ausgestaltung der finanziellen Eigenbeteiligung in der Pflege. Wir freuen uns sehr, dass dieser Ansatz nun auch Eingang in die Eckpunkte der Bund-Länder-Kommission findet. Nur Instrumente wie der Sockel-Spitze-Tausch, der den pflegebedingten Aufwand abdeckt und die Eigenbeteiligung zeitlich begrenzt, können sicherstellen, dass Pflegekosten für Durchschnittsrentner tragbar bleiben.

infobox: Thomas Neeb (54) hat den DEVAP-Vorsitz von Wilfried Wesemann übernommen, der altersbedingt in den Kuratoriumsvorsitz wechselt. Neeb ist seit über 30 Jahren bei den Johannitern tätig und seit 2011 Geschäftsführer der Johanniter Seniorenhäuser GmbH. Das Unternehmen gehört mit bundesweit 90 Einrichtungen und etwa 7.500 Mitarbeitenden zu den größten Trägern der stationären Altenpflege in Deutschland.

Zuerst veröffentlicht 12.12.2025 10:30
Letzte Änderung: 12.12.2025 10:43

*****

Der oben stehende Beitrag ist Teil des Angebotes epd sozial. Er dient allein zur persönlichen Information, die Rechte liegen beim Evangelischen Pressedienst epd. Die kostenpflichtige Website erreichen Sie unter https://sozial.epd.de.